

Rede zum Haushalt 2010
Kreistag, 18.03.2010, Lüdenscheid

Sperrfrist Redebeginn, Es gilt das gesprochene Wort

Gestalten statt Verwalten!

Gelegentlich erleichtert ein Blick zurück die kritische Reflektion oder Bestätigung von politischen Zielen. Dass die SPD nur 7 Jahre brauchte, von der Jahrhundertposition „Hartz-Reform“ bis zum neuerlichen Versuch von Frau Krafft, dem öffentlichen Dienst und damit auch dem Märkischen Kreis – ohne dass dafür staatliche Aufgaben vorhanden wären – mal eben 100.000 Arbeitsplätze aufdrücken zu wollen, ist nicht der Anlass für diese Rückschau. Anlass ist vielmehr eine Dauerdebatte, die wir hier im Märkischen Kreistag zur finanziellen Ausstattung der Kommunen und Kreise führen. In meiner ersten Haushaltsrede im Märkischen Kreistag (2000) habe ich damals gesagt, dass wir „...immer mit Blick auf unsere Verantwortung für den Märkischen Kreis und seine finanzielle Handlungsfähigkeit (handeln müssen), alles andere ist reiner Populismus“.

Trotzdem oder gerade deswegen haben sich CDU und SPD in den seinerzeit vergleichsweise wirtschaftlich guten Jahren nicht für den notwendigen Schuldenabbau beim Märkischen Kreis eingesetzt. Stattdessen haben sie sich im öffentlichen Wettstreit zu einer Senkung der Kreisumlage wechselseitig überboten.

Keine Spur von einer zukunftsorientierten Debatte um die kommunalen Finanzen. 2002 habe ich namens der FDP-Fraktion wieder verlässlichere Einnahmen für die kommunale Familie gefordert. Auch das möchte ich gern hier noch einmal zitieren:

„Grundsätzlich ist es nach unserer Überzeugung unerlässlich, ein möglichst gleichwertiges Leistungsangebot im Märkischen Kreis zu sichern. Wir brauchen deshalb eigen zu verantwortende, kalkulierbare Einnahmen. Bundes- und Landesregierung sind aufgefordert, unverzüglich ein Steuersystem vorzulegen, das den Aufgaben der Kommunen angemessen ist. Es darf nicht sein, dass wir hier unsere Leistungen, unsere Lebensqualität, unsere Entwicklungsperspektiven im Märkischen Kreis opfern müssen, nur weil die Verteilungspolitik an anderer Stelle versagt.“

Weil aber die SPD in dem von ihr zu verantwortenden finanziellem Ruhrgebietschaos wegen der „besonderen Förderung“ durch die SPD geführten Landesregierungen gut zurecht kam und die CDU in den eher ländlich, aber wirtschaftlich erfolgreichen Gebieten, ebenso gut zurecht kam, gab es keine ernsthaften Bemühungen, eine dringend notwendige Reform der Gemeindefinanzierung vorzunehmen. Und wir als FDP konnten uns an dieser Stelle noch so sehr anstrengen, wir haben schlicht und ergreifend keinen Bündnispartner gefunden.

Anrede

Im Gefeihsche um die sogenannte „Förderalismusreform“ haben CDU und SPD ebenfalls alles unterlassen, um eine hier kommunalfreundliche Änderung zu vereinbaren. Es bedurfte erst eines Koalitionswechsels bei der letzten Bundestagswahl, um jetzt – endlich – eine gemeinsame Arbeitsgruppe von Bund-Länder-Kommunen einzusetzen, die hier Vorschläge erarbeiten soll. Wir wollen allerdings nicht vergessen, dass gerade das exorbitante Ausbluten der Kommunen im Bereich der Sozialleistungen besonders von SPD und Grüne zu verantworten ist.

Auch wenn auf Betreiben der FDP in die Landesverfassung das Konnexitätsprinzip – es zahlt der, der bestellt – eingeführt wurde, ist auch hier noch manche Verbesserung nötig. Aber man muss schon daran erinnern dürfen, dass diese im Prinzip

kommunalfreundliche Regelung weder von SPD, noch von Grünen jemals politisch angegangen wurde und auf Bundesebene nach wie vor von der SPD verhindert wird.

Das das FDP Ziel der Konnexitätsverantwortung bei vielen jetzt scheinbar zum politischen Allgemeingut geworden ist, freut mich, aber gewisse heuchlerische Züge sind dieser Zielübernahme nicht abzusprechen. Gleiches gilt übrigens auch zur Debatte über die ARGE. Wir haben damals im Märkischen Kreis mit großer Einmütigkeit die Einrichtung der ARGE beschlossen. Anschließend klagt der Landkreistag, immerhin die Vertretung, der auch unser Landrat verantwortlich angehört, gegen die Einrichtung dieser ARGE. Jetzt haben Sie ein Ergebnis und jetzt stellen Sie sich hin und sagen, das haben wir so nicht gewollt! Falsch: genau das haben Sie erreichen wollen, lesen sie das mal nach.

Ich finde es aber gut, dass wir mit Johannes Vogel einen FDP Bundestagsabgeordneten aus dem Märkischen Kreis haben, der sich dieses Problems angenommen hat; der mit Ihnen Herr Landrat und vielen Bürgermeistern aus dem Märkischen Kreis gesprochen hat. Ich bin sehr zuversichtlich, dass eine auch für den Märkischen Kreis befriedigende Regelung jetzt erreicht werden kann.

Aber auch dann bleibt: der Märkische Kreis blutet wegen der zu zahlenden Sozialleistungen finanziell aus. Das muss geändert werden, aber mit dem Hinweis von Frau Machelett „Notfalls machen wir dafür auch eine Menge Rabatz“ wird die Verantwortung verniedlicht. Die dafür verantwortlichen Sozialminister waren alle von der SPD und die ebenso verantwortlichen Finanzminister hießen Lafontaine, Eichel und Steinbrück. Ebenfalls alle von der SPD, was man wegen Herrn Lafontaine ja besonders erwähnen muss.

Und auch bei der Landschaftsumlage sollen die Menschen wieder hinter die Fichte, besser gesagt in das Reich der Vergessenheit, geführt werden.

Öffentlich starten CDU und SPD im Märkischen Kreis die wahrhaft politische Aktion: „Appell an den Landschaftsverband“. Andererseits werkten CDU und SPD in holder Eintracht seit Jahren als „große Koalition“ in der Landschaftsversammlung. Seit Januar 2010 gibt es in der Landschaftsversammlung eine neue Mehrheit mit der FDP. Und siehe da, wollte der CDU-Direktor im LWL den Hebesatz für die Landschaftsumlage bis dahin noch erhöhen, hat die neue Mehrheit dies wohl abgewendet.

Anrede

Zugegebenermaßen: wenn es etwas zu verteilen gibt, sind gestaltende Mehrheiten einfach. Ein gutes Beispiel ist dafür die seinerzeitige Zusammenarbeit von Rot und Grün im Märkischen Kreis. Flugs wurde eigens für die Grünen eine neue Dezernentenstelle geschaffen und das Füllhorn finanzieller Wohltaten kräftig geöffnet. Als es darum ging, davon einen Teil wieder einzusammeln, mussten das CDU und FDP machen. Wir haben die Dezernentenstelle abgeschafft und siehe da: der Märkische Kreis funktioniert genauso gut ohne diesen Versorgungsposten. Wir haben privatisiert oder teilprivatisiert und damit an der einen oder anderen Stelle den Kostendruck minimiert. Dabei ging es der FDP nie um Personalabbau zum Selbstzweck oder um jeden Preis. Erstmals 2001 habe ich in meiner Haushaltsrede darauf hingewiesen „das Stellenkürzungen nur noch dann zu verantworten sind, wenn wir gleichzeitig sagen, welche Aufgaben abgebaut werden.“ Daran hat sich nichts geändert und deshalb können wir auch mit gutem Gewissen erklären, wann und warum die FDP-MKT für zusätzliche Aufgaben auch Personal einsetzen will. Wir haben einen Antrag vorgelegt zur stärkeren Bekämpfung der Schwarzarbeit im Märkischen Kreis. Schwarzarbeit ist arbeitsplatzfeindlich, verletzt die Solidarität mit den wirklich Bedürftigen, schadet Mitarbeiter sowie ihren Unternehmen, und letztendlich uns allen. Die Stadt Iserlohn hat sich der Bekämpfung der Schwarzarbeit in besonderer Weise gestellt und nimmt – nur für den Bereich von Iserlohn – dafür im Jahr 2009 ca. 480.000 € an Bußgelder und Vermögenseinzug ein. Wohlgermerkt nur in

Iserlohn; der Märkische Kreis nimmt 35.000 € ein. Mehr braucht man zu diesem Antrag überhaupt nicht zu sagen. Er dokumentiert unsere Verantwortung für das Handwerk und die dort Tätigen, es ist eine gut angelegte Personalinvestition und es sind zusätzliche Einnahmen für den Märkischen Kreis.

Wir haben als FDP immer gesagt, lasst uns schauen, wo es andere als der öffentliche Dienst besser machen können.

Lasst uns schauen, wo wir das Ehrenamt noch stärker stützen und nutzen können. Und das sage ich auch vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung. Viele Menschen sind bereit, sich neben, besonders aber nach einer beruflichen Tätigkeit weiter aktiv zu halten, vielleicht auch mit dem Gedanken, der Gesellschaft das ein oder andere zurückzugeben. Ohne dieses ehrenamtliche Engagement liefe kein Bürgerbus oder funktionierte keine freiwillige Feuerwehr, um nur zwei Bereiche zu nennen.

Die privat und ehrenamtlich tätige Bücherei Schalksmühle KöB z.B. verlieh im letzten Jahr 3.772 – wie es so schön heißt: Medieneinheiten – und mit dem „Bücherführerschein“ werden die Mädchen und Jungen aus den Schalksmühler Kindergärten als Interessierte und Interessenten gewonnen. Das begann mit der von der FDP durchgesetzten Abschaffung des Bücherbusses. Bis dahin hatte sich Schalksmühle jahrzehntelang das Geld der Bürger aus Balve genommen, um sich den Bücherbus „aushalten“ zu lassen.

Anrede

Unabhängig von diesem lokalen Engagement bleibt aber die Frage, wie organisiert der Märkische Kreis den Teil Kulturarbeit, der nicht durch ehrenamtliche Tätigkeit aufrecht erhalten werden kann. Wir haben als FDP dazu einen Vorschlag gemacht, der bis Herbst 2010 zu einem möglichst breiten Konsens hätte entwickelt werden können. Sie waren leider der Auffassung, das ablehnen zu müssen und werden es wahrscheinlich gleich wieder tun. Wie kurzfristig! Im Augenblick stellen wir die Mittel für den Kulturbereich in den „normalen Haushalt“ ein. Nach Ansicht von CDU und SPD (IKZ 16.02.10) dürfte 2011 der Nothaushalt im MK unausweichlich sein. Wenn das so kommt, wird die Bezirksregierung uns auferlegen, alle freiwilligen Leistungen soweit wie möglich einzuschränken – und unsere freiwilligen Leistungen sind fast ausschließlich unsere Kulturleistungen. Der Vorschlag der FDP bedeutet, dass dies eben nicht geschehen muss. Mit der Übertragung von beispielsweise 10 Mio. in die Kulturstiftung wären mit den Erträgen – mal besser, mal schlechter, aber auf jeden Fall langfristig sicher – Ausgaben für den Kulturbereich, ohne das Damoklesschwertes des Nothaushaltes, gesichert gewesen. Schon im nächsten Jahr besteht diese Chance nicht mehr, weil dann im Rahmen des Nothaushaltes eine solche Verlagerung von finanziellen Mitteln nicht mehr möglich ist. Sie wissen das, und weil Sie es wissen, werden Sie sich den Vorwurf gefallen lassen müssen, ganz absichtsvoll diesen für die Identität des Märkischen Kreises so wichtigen Bereich bereits jetzt gedanklich zu opfern bzw. weitestgehend aufzugeben.

Sie haben es auch begründet mit „In diesen Zeiten hat dafür keiner Verständnis“. Seit wann interessiert Sie das denn, frage ich in besonderer Weise die Kolleginnen und Kollegen von CDU, SPD, UWG. Sie haben die Kommunalwahl verloren, Ihre Fraktionen haben zusammen 10 Mitglieder weniger als vorher und auch die Anzahl der Kreistagsmitglieder ist um über 7% gesunken. Wir hätten, so wie es die FDP Fraktion beantragt hatte, auch die Ausschussgröße verringern können. Genau das Gegenteil wurde durchgesetzt. Nur damit die CDU mehr Parteigänger unterbringen konnte, wurden von CDU, SPD, Grüne, UWG und Linke in aller Eintracht die Ausschüsse vergrößert.

Bei der Präsentation dieser „Zweckehe“ erklärt die SPD-Fraktionsvorsitzende bei einer gemeinsamen Pressekonferenz von CDU+SPD, dass sich die SPD mit der Einsetzung eines Beteiligungsausschusses durchsetzen konnte. Bei der nächsten Kreistagssitzung,

von mir darauf öffentlich angesprochen, wird genau das von der CDU – ohne Gegenwehr der SPD – flugs kassiert. Ebenfalls von Frau Machelett wird erklärt, mit der „Zweckehe“ wird es nun endlich keine weiteren Privatisierungen im MK geben. Und auch hier ist die Realität eine andere: Ich zitiere mal: „... werden auch zukünftig weitere Gebäude in die Fremdreinigung übergehen ...“ Mit den Stimmen der SPD gerade beschlossen.

Ebenso mit den Stimmen der SPD wurde gerade beschlossen, die Leistungen für die Kulturvereine vom Märkischen Kreis auf Steuerberater, Ehrenamtliche etc. auszugliedern.

Damit kein Missverständnis aufkommt: ich finde beides gut und richtig. Aber mit dem, was die SPD zu Beginn der Legislatur öffentlich erklärt hat, hat das nun überhaupt nichts zu tun.

Bleibt, was haben CDU+SPD verschwiegen? Da der „Kooperationsvertrag“ zwischen CDU und SPD nicht öffentlich gemacht werden soll, gibt es für mich drei Interpretationen:

1. Die schon bei Gremien festzustellende Selbstbedienungsmentalität soll in den nächsten Jahren fortgesetzt werden, was man aber möglichst lange geheim halten will;
oder,
2. Die CDU hat die SPD im Blick auf Ausschuss- und Gremienbesetzungen gnadenlos über den Tisch gezogen und dieses „über den Tisch ziehen“ auch noch durch personelle Zugeständnisse bei Grünen, Linken und UWG abgesichert – und sonst gibt es nichts;
oder,
3. die bis zur Konstituierung des neuen Kreistages der Fraktion angehörenden Landtagsabgeordneten Bernd Schulte und Thorsten Schick waren für eine große Koalition bereits auf lokaler Ebene, um mal zu testen, was die SPD alles im wahrsten Sinne des Wortes schluckt, um von der ungeliebten Oppositionsrolle wegzukommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

SPD und CDU wollen uns nicht sagen, was für Entwicklungen, Ausgaben und sonstige Belastungen auf den Kreis und seine Kommunen in ihrem Kooperationsvertrag versteckt sind. Außerdem haben Sie mit der pauschalen Ablehnung unseres Antrages auf eine langfristig angelegte Sicherung der Kulturarbeit im Märkischen Kreis ebenfalls dokumentiert, dass sie an einer zukunftsorientierten Haushaltsoptimierung und damit verbundener Zukunftschancen für den Märkischen Kreis nicht interessiert sind. Aus diesem Grunde wird die FDP, bei durchaus vorhandener Unterstützung in einzelnen Bereichen, den Haushalt in seiner Gesamtheit heute ablehnen.

Unser Dank gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung, diesmal in besonderer Weise vertreten durch den Kämmerer und seine Mannschaft.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.